

Protokoll 39. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 14. Januar 2015, 17.00 Uhr bis 19.42 Uhr, im Rathaus

Vorsitz: Präsidentin Dorothea Frei (SP)

Beschlussprotokoll: Sekretärin Heidi Egger (SP)

Anwesend: 121 Mitglieder

Abwesend: Martin Abele (Grüne), Albert Leiser (FDP), Martin Luchsinger (GLP), Heinz F. Steger (FDP)

Der Rat behandelt aus der von der Präsidentin erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

1. Mitteilungen
2. [2014/307](#) Weisung vom 01.10.2014: VHB
Immobilien-Bewirtschaftung, Ersatzneubau Alterszentrum VGU
Mathysweg, Quartier Albisrieden, Projektierungskredit
3. [2014/121](#) Weisung vom 14.05.2014: VHB
Immobilien-Bewirtschaftung, Ausbildungszentrum Rohwiesen, PV
Opfikon, Erweiterung und Instandsetzung, Erhöhung des
Projektierungskredits
4. [2014/217](#) Weisung vom 02.07.2014: VHB
Verkehrsbetriebe und Immobilien-Bewirtschaftung, Areal VIB
Herdern-, Bienen- und Bullingerstrasse, Erweiterung der VBZ-
Busgarage Hardau und Ersatzneubau ERZ-Werkhof,
Projektierungskredit
5. [2014/248](#) Weisung vom 20.08.2014: VHB
Amt für Städtebau, Privater Gestaltungsplan «Areal Hornbach»,
Zürich-Riesbach, Kreis 8
6. [2014/249](#) Weisung vom 20.08.2014: VHB
Amt für Städtebau, Teilrevision der Bau- und Zonenordnung,
Änderung des Zonenplans und Änderung des Quartiererhalt-
ungszonenplans, Areal Hornbach, Zürich-Riesbach, Kreis 8
7. [2014/105](#) A/P Motion der AL-Fraktion vom 02.04.2014: VHB
Pflicht zum Erlass öffentlicher Gestaltungspläne für strategisch
bedeutsame Areale der SBB in der Stadt

* Keine materielle Behandlung

Mitteilungen

635. 2015/3

**Interpellation von Ezgi Akyol (AL) vom 07.01.2015:
Senkung des Einkommensfreibetrags in der Sozialhilfe, Auswirkungen für die Betroffenen sowie mögliche Massnahmen der Stadt zur Kompensation**

Ezgi Akyol (AL) beantragt Dringlicherklärung und begründet diese.

Der Rat wird über den Antrag am 21. Januar 2015 Beschluss fassen.

Mitteilung an den Stadtrat

An der nachfolgenden Fraktionserklärung werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

636. 2015/11

**Erklärung der SVP-Fraktion vom 14.01.2015:
Projekt «Zürich transit maritim»**

Namens der SVP-Fraktion verliest Roland Scheck (SVP) folgende Fraktionserklärung:

Die Schande von Zürich

Mit dem Projekt Zürich Transit Maritim hat der Stadtrat in einer noch nie dagewesenen Pietätlosigkeit sämtliche Grenzen überschritten. Die Chronologie der Schande liest sich wie folgt:

- Der Stadtrat hat durch Aufstellen eines ausrangierten Hafenkranes als Kunstobjekt die hart arbeitenden Steuerzahler regelrecht verhöhnt.
- Der Stadtrat hat, um eine Volksabstimmung zu verzögern, die Demokratie mit formaljuristischen Tricks ausgehebelt.
- Der Stadtrat hat, in offensichtlichem Widerspruch zu den Zielen der 2000-Watt-Gesellschaft, den 90 Tonnen schweren Kran über eine Distanz von mehr als 1000 Kilometern nach Zürich transportiert.
- Der Stadtrat hat eine Laboranalyse ignoriert, welche ergab, dass der Schutzanstrich des über der Limmat aufgestellten Hafenkranes toxische Substanzen enthält.
- Der Stadtrat hat auch ignoriert, dass am Hafenkran nicht nur Gift, sondern auch Blut klebt. Mit exakt diesem Hafenkran wurden zu Zeiten des DDR-Regimes Schiffe mit Kalaschnikows, Minen und Raketen beladen, die anschliessend als geheime Waffenexporte in Kriegsgebiete verschifft wurden.

Die Liste der Schande geht aber noch weiter:

Die Eberswalder Kranbaufirma, welche den Hafenkran konstruiert hat, zog aus beiden Weltkriegen enorme Profite. Im ersten Weltkrieg produzierte der damalige Rüstungsbetrieb Giftgas- und konventionelle Granaten. In der nationalsozialistischen Zeit entwickelte sich die Firma zu einer bedeutenden Waffenschmiede für den Führer. Die Ardelt-Brüder, welche das Unternehmen leiteten, waren Mitglieder der NSDAP. Zur Produktionssteigerung wurden in den Werken Insassen von Konzentrationslagern zu Zwangsarbeit unter unmenschlichen Bedingungen eingesetzt.

Ein Produkt dieser Firma hat der Stadtrat nun nach Zürich geholt. Mit dem Produkt dieser Firma will der Stadtrat seine Weltoffenheit kundtun. Und diese Neuigkeit erfährt die Öffentlichkeit just eine Woche nach der ebenso skandalösen Rede von Stadtpräsidentin Mauch, als sie im Gemeinderat in aller Schärfe die Schweiz als "Profiteurin des 2. Weltkriegs" bezeichnete.

Den Steuerzahler verhöhnt, die Demokratie mit Füßen getreten, Kriegsmaterialproduktion, Waffenexporte und KZ-Zwangsarbeiter. Mit lapidaren Ausflüchten wie «was kann der Kran dafür?» ist es längst nicht mehr getan. Einfach zudecken lässt sich das nicht mehr, was hier geschehen ist. Der Stadtrat hat mit seinem Projekt Zürich Transit Maritim Schande über die Stadt Zürich gebracht.

Schämen kann sich nur, wer ein Gewissen hat. Zumindest aber erwarten wir, dass sich der Stadtrat nun

endlich bei der Zürcher Bevölkerung entschuldigt.

Mit Winkelzügen verhinderte der Stadtrat den Abstimmungskampf zur Volksinitiative «Hafenkräne-Nein» bis heute. Der Grund ist klar: Die Zürcher Bevölkerung darf nicht erfahren, von welcher Gesinnung ihre Regierung und die links-grün-grünliberale Mehrheit des Parlaments ist.

Wer sich so verhält, der hat etwas zu verbergen – das ist die übliche Verhaltensweise von Leuten, die jegliches Mass und den Respekt vor anderen Menschen verloren haben.

Geschäfte

637. 2014/307

Weisung vom 01.10.2014:

Immobilien-Bewirtschaftung, Ersatzneubau Alterszentrum Mathysweg, Quartier Albisrieden, Projektierungskredit

Antrag des Stadtrats:

Für die Ausarbeitung eines Bauprojekts mit Kostenvoranschlag für den Ersatzneubau des Alterszentrums Mathysweg, Altstetterstrasse 267, 8047 Zürich, wird der mit STRB Nr. 1629/2009 bewilligte Projektierungskredit von Fr. 1 700 000.– um Fr. 4 900 000.– auf Fr. 6 600 000.– erhöht.

Referent zur Vorstellung der Weisung: Vizepräsident Rolf Müller (SVP):

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

Schlussabstimmung

Die SK GUD beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Zustimmung: Vizepräsident Rolf Müller (SVP), Referent; Präsidentin Karin Meier-Bohrer (Grüne), Petek Altinay (SP), Eduard Guggenheim (AL), Patrick Hadi Huber (SP), Raphael Kobler (FDP), Thomas Osbahr (SVP), Karin Rykart Sutter (Grüne) i. V. von Marcel Bührig (Grüne), Marcel Savarioud (SP), Sven Sobernheim (GLP), Barbara Wiesmann (SP)

Abwesend: Dr. Thomas Monn (SVP), Elisabeth Schoch (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK GUD mit 118 gegen 0 Stimmen zu.

Änderungsantrag/Schlussabstimmung, neue Dispositivziffer 2

Die Mehrheit der SK GUD beantragt folgende neue Dispositivziffer 2 (Der Antrag des Stadtrats wird zu Dispositivziffer 1):

1. Für die Ausarbeitung eines Bauprojekts mit Kostenvoranschlag für den Ersatzneubau des Alterszentrums Mathysweg, Altstetterstrasse 267, 8047 Zürich, wird der mit STRB Nr. 1629/2009 bewilligte Projektierungskredit von Fr. 1 700 000.– um Fr. 4 900 000.– auf Fr. 6 600 000.– erhöht.

2. Bei der Projektierung des Ersatzneubaus für das Alterszentrum Mathysweg soll eine Solaranlage (Sonnenkollektoren und/oder Photovoltaik) geprüft und wenn wirtschaftlich sinnvoll und verhältnismässig in den Projektierungskredit eingeplant werden.

Die Minderheit der SK GUD beantragt Ablehnung des Änderungsantrags.

| | |
|-------------|---|
| Mehrheit: | Präsidentin Karin Meier-Bohrer (Grüne), Petek Altinay (SP), Eduard Guggenheim (AL), Patrick Hadi Huber (SP), Raphael Kobler (FDP), Karin Rykart Sutter (Grüne) i. V. von Marcel Bührig (Grüne), Referent; Marcel Savarioud (SP), Sven Sobernheim (GLP), Barbara Wiesmann (SP) |
| Minderheit: | Vizepräsident Rolf Müller (SVP), Referent; Thomas Osbahr (SVP) |
| Abwesend: | Dr. Thomas Monn (SVP), Referent Minderheit; Elisabeth Schoch (FDP) |

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 96 gegen 22 Stimmen zu.

Damit ist beschlossen:

1. Für die Ausarbeitung eines Bauprojekts mit Kostenvoranschlag für den Ersatzneubau des Alterszentrums Mathysweg, Altstetterstrasse 267, 8047 Zürich, wird der mit STRB Nr. 1629/2009 bewilligte Projektierungskredit von Fr. 1 700 000.– um Fr. 4 900 000.– auf Fr. 6 600 000.– erhöht.
2. Bei der Projektierung des Ersatzneubaus für das Alterszentrum Mathysweg soll eine Solaranlage (Sonnenkollektoren und/oder Photovoltaik) geprüft und wenn wirtschaftlich sinnvoll und verhältnismässig in den Projektierungskredit eingeplant werden.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 21. Januar 2015 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 20. Februar 2015)

638. 2014/121

Weisung vom 14.05.2014:

Immobilien-Bewirtschaftung, Ausbildungszentrum Rohwiesen, Opfikon, Erweiterung und Instandsetzung, Erhöhung des Projektierungskredits

Antrag des Stadtrats:

Zur Ausarbeitung eines Bauprojekts mit detailliertem Kostenvoranschlag, einschliesslich Vorbereitung der Ausführungsphase für die Erweiterung und Instandsetzung des Ausbildungszentrums Rohwiesen, Orionstrasse 6, 8152 Glattpark (Opfikon), wird der mit STRB Nr. 617/2013 bewilligte Projektierungskredit von Fr. 1 995 000.– um Fr. 7 405 000.– auf Fr. 9 400 000.– erhöht.

Referent zur Vorstellung der Weisung: Marco Denoth (SP)

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Hochbaudepartements Stellung.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Polizeidepartements Stellung.

Änderungsantrag 1

Die Mehrheit der SK HBD/SE beantragt folgende Änderung zum Antrag des Stadtrats:

Zur Ausarbeitung eines Bauprojekts mit detailliertem Kostenvoranschlag, einschliesslich Vorbereitung der Ausführungsphase für die Erweiterung und Instandsetzung des Ausbildungszentrums Rohwiesen, Orionstrasse 6, 8152 Glattpark (Opfikon), wird der mit STRB Nr. 617/2013 bewilligte Projektierungskredit von Fr. 1 995 000.– um Fr. 7 405 000.– auf Fr. 9 400 000.– erhöht.

Der Vorschlag für den dem Projekt zugrunde liegende Minergie-Standard (P-Eco, P, usw.) ist zum gegebenen Zeitpunkt der Spezialkommission HBD/SE vorzulegen.

Die Minderheit der SK HBD/SE beantragt Ablehnung des Änderungsantrags.

| | |
|-------------|--|
| Mehrheit: | Reto Vogelbacher (CVP), Referent; Vizepräsident Thomas Schwendener (SVP), Michael Baumer (FDP), Stephan Iten (SVP), Heinz F. Steger (FDP), Stefan Urech (SVP) |
| Minderheit: | Marco Denoth (SP), Referent; Präsidentin Gabriela Rothenfluh (SP), Patrick Hadi Huber (SP), Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP), Christine Seidler (SP) i. V. von Dr. Jean-Daniel Strub (SP) |
| Enthaltung: | Gabriele Kisker (Grüne), Andrea Leitner Verhoeven (AL) |

Der Rat lehnt den Antrag der Mehrheit mit 48 gegen 73 Stimmen ab.

Änderungsantrag 2/Schlussabstimmung

Die SK HBD/SE beantragt die Ergänzung um folgende Dispositivziffer 2 (Der Antrag des Stadtrats wird zu Dispositivziffer 1):

1. Zur Ausarbeitung eines Bauprojekts mit detailliertem Kostenvoranschlag, einschliesslich Vorbereitung der Ausführungsphase für die Erweiterung und Instandsetzung des Ausbildungszentrums Rohwiesen, Orionstrasse 6, 8152 Glattpark (Opfikon), wird der mit STRB Nr. 617/2013 bewilligte Projektierungskredit von Fr. 1 995 000.– um Fr. 7 405 000.– auf Fr. 9 400 000.– erhöht.

2. Der Stadtrat legt mit dem Objektkredit die Berechnungsgrundlagen und Vereinbarungen betreffend der kostendeckenden Nutzung des Ausbildungszentrums durch nicht-städtische Blaulichtorganisationen vor.

| | |
|-------------|---|
| Zustimmung: | Andrea Leitner Verhoeven (AL), Referentin; Präsidentin Gabriela Rothenfluh (SP), Vizepräsident Thomas Schwendener (SVP), Michael Baumer (FDP), Marco Denoth (SP), Patrick Hadi Huber (SP), Stephan Iten (SVP), Gabriele Kisker (Grüne), Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP), Christine Seidler (SP) i. V. von Dr. Jean-Daniel Strub (SP), Heinz F. Steger (FDP), Stefan Urech (SVP) |
| Enthaltung: | Reto Vogelbacher (CVP) |

Der Rat stimmt dem Antrag der SK HBD/SE mit 121 gegen 0 Stimmen zu.

Schlussabstimmung über die bereinigte Dispositivziffer 1

Die SK HBD/SE beantragt Zustimmung zur bereinigten Dispositivziffer 1.

| | |
|-------------|---|
| Zustimmung: | Marco Denoth (SP), Referent; Präsidentin Gabriela Rothenfluh (SP), Vizepräsident Thomas Schwendener (SVP), Michael Baumer (FDP), Patrick Hadi Huber (SP), Stephan Iten (SVP), Gabriele Kisker (Grüne), Andrea Leitner Verhoeven (AL), Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP), Christine Seidler (SP) i. V. von Dr. Jean-Daniel Strub (SP), Heinz F. Steger (FDP), Stefan Urech (SVP), Reto Vogelbacher (CVP) |
|-------------|---|

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs.1 lit. c Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der SK HBD/SE mit 121 gegen 0 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Damit ist beschlossen:

1. Zur Ausarbeitung eines Bauprojekts mit detailliertem Kostenvoranschlag, einschliesslich Vorbereitung der Ausführungsphase für die Erweiterung und Instandsetzung des Ausbildungszentrums Rohwiesen, Orionstrasse 6, 8152 Glattpark (Opfikon), wird der mit STRB Nr. 617/2013 bewilligte Projektierungskredit von Fr. 1 995 000.– um Fr. 7 405 000.– auf Fr. 9 400 000.– erhöht.
2. Der Stadtrat legt mit dem Objektkredit die Berechnungsgrundlagen und Vereinbarungen betreffend der kostendeckenden Nutzung des Ausbildungszentrums durch nicht-städtische Blaulichtorganisationen vor.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 21. Januar 2015 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 20. Februar 2015)

639. 2014/217

Weisung vom 02.07.2014:

Verkehrsbetriebe und Immobilien-Bewirtschaftung, Areal Herdern-, Bienen- und Bullingerstrasse, Erweiterung der VBZ-Busgarage Hardau und Ersatzneubau ERZ-Werkhof, Projektierungskredit

Antrag des Stadtrats:

Für die Ausarbeitung eines Bauprojekts mit detailliertem Kostenvoranschlag für die westliche Erweiterung der VBZ-Busgarage Hardau mit Zusatznutzung Werkhof für ERZ Entsorgung + Recycling Zürich auf den Arealen AU6272 und AU6951 zwischen Herdern-, Bienen- und Bullingerstrasse, 8004 Zürich, wird der vom Stadtrat am 2. Juli 2014 bewilligte Projektierungskredit von Fr. 600 000.– um Fr. 3 700 000.– auf Fr. 4 300 000.– erhöht.

Referent zur Vorstellung der Weisung: Patrick Hadi Huber (SP)

Änderungsantrag 1, neue Dispositivziffer 2

Die Mehrheit der SK HBD/SE beantragt die Ergänzung um folgende Dispositivziffer 2 (Der Antrag des Stadtrats wird zu Dispositivziffer 1):

1. Für die Ausarbeitung eines Bauprojekts mit detailliertem Kostenvoranschlag für die westliche Erweiterung der VBZ-Busgarage Hardau mit Zusatznutzung Werkhof für ERZ Entsorgung + Recycling Zürich auf den Arealen AU6272 und AU6951 zwischen Herdern-, Bienen- und Bullingerstrasse, 8004 Zürich, wird der vom Stadtrat am 2. Juli 2014 bewilligte Projektierungskredit von Fr. 600 000.– um Fr. 3 700 000.– auf Fr. 4 300 000.– erhöht.
2. Der Stadtrat stellt sicher, dass auf der Dachfläche der neuen Busgarage eine Photovoltaik-Anlage realisiert wird.

Die Minderheit der SK HBD/SE beantragt Ablehnung des Änderungsantrags.

Mehrheit: Gabriele Kisker (Grüne), Referentin; Präsidentin Gabriela Rothenfluh (SP), Marco Denoth (SP), Patrick Hadi Huber (SP), Andrea Leitner Verhoeven (AL), Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP), Dr. Jean-Daniel Strub (SP), Reto Vogelbacher (CVP)
 Minderheit: Stephan Iten (SVP), Referent; Vizepräsident Thomas Schwendener (SVP), Michael Baumer (FDP), Heinz F. Steger (FDP), Stefan Urech (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 80 gegen 41 Stimmen zu.

Änderungsantrag 2, neue Dispositivziffer 2

Die Mehrheit der SK HBD/SE beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK HBD/SE beantragt die Ergänzung um folgende Dispositivziffer 2:

1. Für die Ausarbeitung eines Bauprojekts mit detailliertem Kostenvoranschlag für die westliche Erweiterung der VBZ-Busgarage Hardau mit Zusatznutzung Werkhof für ERZ Entsorgung + Recycling Zürich auf den Arealen AU6272 und AU6951 zwischen Herdern-, Bienen- und Bullingerstrasse, 8004 Zürich, wird der vom Stadtrat am 2. Juli 2014 bewilligte Projektierungskredit von Fr. 600 000.– um Fr. 3 700 000.– auf Fr. 4 300 000.– erhöht.
2. Die 110 Parkplätze, welche sich zur Zeit auf den Parzellen AU6272 und AU6951 befinden, werden mindestens zur Hälfte in nächster Umgebung real ersetzt.

Mehrheit: Patrick Hadi Huber (SP), Referent; Präsidentin Gabriela Rothenfluh (SP), Marco Denoth (SP), Gabriele Kisker (Grüne), Andrea Leitner Verhoeven (AL), Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP), Dr. Jean-Daniel Strub (SP)
 Minderheit: Stephan Iten (SVP), Referent; Vizepräsident Thomas Schwendener (SVP), Michael Baumer (FDP), Heinz F. Steger (FDP), Stefan Urech (SVP), Reto Vogelbacher (CVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 74 gegen 47 Stimmen zu.

Schlussabstimmung über die bereinigten Dispositivziffern 1–2

Die Mehrheit der SK HBD/SE beantragt Zustimmung zu den bereinigten Dispositivziffern 1–2.

Die Minderheit der SK HBD/SE beantragt Ablehnung der bereinigten Dispositivziffern 1–2.

Mehrheit: Patrick Hadi Huber (SP), Referent; Präsidentin Gabriela Rothenfluh (SP), Michael Baumer (FDP), Marco Denoth (SP), Gabriele Kisker (Grüne), Andrea Leitner Verhoeven (AL), Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP), Heinz F. Steger (FDP), Dr. Jean-Daniel Strub (SP), Reto Vogelbacher (CVP)
 Minderheit: Stephan Iten (SVP), Referent; Vizepräsident Thomas Schwendener (SVP), Stefan Urech (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 99 gegen 22 Stimmen zu.

Damit ist beschlossen:

1. Für die Ausarbeitung eines Bauprojekts mit detailliertem Kostenvoranschlag für die westliche Erweiterung der VBZ-Busgarage Hardau mit Zusatznutzung Werkhof für ERZ Entsorgung + Recycling Zürich auf den Arealen AU6272 und AU6951 zwischen Herdern-, Bienen- und Bullingerstrasse, 8004 Zürich, wird der vom Stadtrat am 2. Juli 2014 bewilligte Projektierungskredit von Fr. 600 000.– um Fr. 3 700 000.– auf Fr. 4 300 000.– erhöht.
2. Der Stadtrat stellt sicher, dass auf der Dachfläche der neuen Busgarage eine Photovoltaik-Anlage realisiert wird.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 21. Januar 2015 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 20. Februar 2015)

640. 2014/248

Weisung vom 20.08.2014:

Amt für Städtebau, Privater Gestaltungsplan «Areal Hornbach», Zürich-Riesbach, Kreis 8

Antrag des Stadtrats:

1. Der Private Gestaltungsplan «Areal Hornbach», bestehend aus Vorschriften und Plan, datiert 2. Juli 2014, wird festgesetzt.
2. Der Stadtrat wird ermächtigt, Änderungen am Privaten Gestaltungsplan «Areal Hornbach» in eigener Zuständigkeit vorzunehmen, sofern sich diese als Folge von Rechtsmittelentscheiden oder im Genehmigungsverfahren als notwendig erweisen. Solche Beschlüsse sind im Städtischen Amtsblatt und im Amtsblatt des Kantons Zürich sowie in der Amtlichen Sammlung zu veröffentlichen.
3. Vom Bericht über die nicht berücksichtigten Einwendungen vom 6. August 2014 wird zustimmend Kenntnis genommen.
4. Der Stadtrat setzt den Privaten Gestaltungsplan gemäss Ziff. 1 nach Genehmigung durch die kantonalen Instanzen in Kraft.

Referent zur Vorstellung der Weisung: Dr. Jean-Daniel Strub (SP)

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Hochbaudepartements Stellung.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffern 1, 2 und 4

Die Mehrheit der SK HBD/SE beantragt Zustimmung zu den Dispositivziffern 1, 2 und 4.

Die Minderheit der SK HBD/SE beantragt Ablehnung der Dispositivziffern 1, 2 und 4.

Mehrheit: Dr. Jean-Daniel Strub (SP), Referent; Präsidentin Gabriela Rothenfluh (SP), Marco Denoth (SP), Patrick Hadi Huber (SP), Gabriele Kisker (Grüne), Andrea Leitner Verhoeven (AL), Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP), Reto Vogelbacher (CVP)

Minderheit: Michael Baumer (FDP), Referent; Vizepräsident Thomas Schwendener (SVP), Stephan Iten (SVP), Heinz F. Steger (FDP)

Abwesend: Stefan Urech (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 80 gegen 41 Stimmen zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 3

Die Mehrheit der SK HBD/SE beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 3.

Die Minderheit der SK HBD/SE beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 3.

| | |
|-------------|---|
| Mehrheit: | Dr. Jean-Daniel Strub (SP), Referent; Präsidentin Gabriela Rothenfluh (SP), Marco Denoth (SP), Patrick Hadi Huber (SP), Gabriele Kisker (Grüne), Andrea Leitner Verhoeven (AL), Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP), Reto Vogelbacher (CVP) |
| Minderheit: | Michael Baumer (FDP), Referent; Vizepräsident Thomas Schwendener (SVP), Stephan Iten (SVP), Heinz F. Steger (FDP) |
| Abwesend: | Stefan Urech (SVP) |

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 80 gegen 41 Stimmen zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Der Private Gestaltungsplan «Areal Hornbach», bestehend aus Vorschriften und Plan, datiert 2. Juli 2014, wird festgesetzt.
2. Der Stadtrat wird ermächtigt, Änderungen am Privaten Gestaltungsplan «Areal Hornbach» in eigener Zuständigkeit vorzunehmen, sofern sich diese als Folge von Rechtsmittelentscheiden oder im Genehmigungsverfahren als notwendig erweisen. Solche Beschlüsse sind im Städtischen Amtsblatt und im Amtsblatt des Kantons Zürich sowie in der Amtlichen Sammlung zu veröffentlichen.
3. Vom Bericht über die nicht berücksichtigten Einwendungen vom 6. August 2014 wird zustimmend Kenntnis genommen.
4. Der Stadtrat setzt den Privaten Gestaltungsplan gemäss Ziff. 1 nach Genehmigung durch die kantonalen Instanzen in Kraft.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 21. Januar 2015 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 20. Februar 2015)

641. 2014/249

Weisung vom 20.08.2014:

Amt für Städtebau, Teilrevision der Bau- und Zonenordnung, Änderung des Zonenplans und Änderung des Quartiererhaltungszonenplans, Areal Hornbach, Zürich-Riesbach, Kreis 8

Antrag des Stadtrats:

1. Der Zonenplan und der Quartiererhaltungszonenplan werden gemäss Planbeilagen (datiert 18. Juni 2014) geändert.
2. Der Stadtrat wird ermächtigt, Änderungen an den Festsetzungen in eigener Zuständigkeit vorzunehmen, sofern sie sich als Folge von Rechtsmittelverfahren oder im Genehmigungsverfahren als notwendig erweisen. Solche Beschlüsse sind im Städtischen Amtsblatt und im Amtsblatt des Kantons Zürich sowie in der Amtlichen Sammlung zu veröffentlichen.
3. Vom Bericht über die nicht berücksichtigten Einwendungen vom 6. August 2014 wird zustimmend Kenntnis genommen.

4. Der Stadtrat setzt die Änderung gemäss Ziff. 1 nach Genehmigung durch die kantonalen Instanzen in Kraft.

Referent zur Vorstellung der Weisung: Dr. Jean-Daniel Strub (SP)

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Hochbaudepartements Stellung.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffern 1, 2 und 4

Die Mehrheit der SK HBD/SE beantragt Zustimmung zu den Dispositivziffern 1, 2 und 4.

Die Minderheit der SK HBD/SE beantragt Ablehnung der Dispositivziffern 1, 2 und 4.

| | |
|-------------|---|
| Mehrheit: | Dr. Jean-Daniel Strub (SP), Referent; Präsidentin Gabriela Rothenfluh (SP), Marco Denoth (SP), Patrick Hadi Huber (SP), Gabriele Kisker (Grüne), Andrea Leitner Verhoeven (AL), Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP), Reto Vogelbacher (CVP) |
| Minderheit: | Michael Baumer (FDP), Referent; Vizepräsident Thomas Schwendener (SVP), Stephan Iten (SVP), Heinz F. Steger (FDP) |
| Abwesend: | Stefan Urech (SVP) |

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 80 gegen 41 Stimmen zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 3

Die Mehrheit der SK HBD/SE beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 3.

Die Minderheit der SK HBD/SE beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 3.

| | |
|-------------|---|
| Mehrheit: | Dr. Jean-Daniel Strub (SP), Referent; Präsidentin Gabriela Rothenfluh (SP), Marco Denoth (SP), Patrick Hadi Huber (SP), Gabriele Kisker (Grüne), Andrea Leitner Verhoeven (AL), Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP), Reto Vogelbacher (CVP) |
| Minderheit: | Michael Baumer (FDP), Referent; Vizepräsident Thomas Schwendener (SVP), Stephan Iten (SVP), Heinz F. Steger (FDP) |
| Abwesend: | Stefan Urech (SVP) |

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 80 gegen 41 Stimmen zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Der Zonenplan und der Quartiererhaltungszonenplan werden gemäss Planbeilagen (datiert 18. Juni 2014) geändert.
2. Der Stadtrat wird ermächtigt, Änderungen an den Festsetzungen in eigener Zuständigkeit vorzunehmen, sofern sie sich als Folge von Rechtsmittelverfahren oder im Genehmigungsverfahren als notwendig erweisen. Solche Beschlüsse sind im Städtischen Amtsblatt und im Amtsblatt des Kantons Zürich sowie in der Amtlichen Sammlung zu veröffentlichen.
3. Vom Bericht über die nicht berücksichtigten Einwendungen vom 6. August 2014 wird zustimmend Kenntnis genommen.

4. Der Stadtrat setzt die Änderung gemäss Ziff. 1 nach Genehmigung durch die kantonalen Instanzen in Kraft.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 21. Januar 2015 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 20. Februar 2015)

642. 2014/105

Motion der AL-Fraktion vom 02.04.2014:

Pflicht zum Erlass öffentlicher Gestaltungspläne für strategisch bedeutsame Areale der SBB in der Stadt

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Hochbaudepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme der Motion ab, ist jedoch bereit, sie als Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Niklaus Scherr (AL) begründet die Motion (vergleiche Beschluss-Nr. 4870/2014).

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Hochbaudepartements Stellung.

Niklaus Scherr (AL) ist einverstanden die Motion in ein Postulat umzuwandeln.

Thomas Schwendener (SVP) stellt den Ablehnungsantrag zum Postulat.

Das Postulat GR Nr. 2015/12 (statt Motion GR Nr. 2014/105, Umwandlung) wird mit 73 gegen 48 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

E i n g ä n g e

An den nachfolgenden Texten werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

643. 2015/13

Postulat von Cordula Bieri (Grüne) und Markus Knauss (Grüne) vom 14.01.2015: Anspruch auf eine Reduktion des Beschäftigungsgrads für Angestellte mit Betreuungspflichten, Änderung des Personalrechts (PR)

Von Cordula Bieri (Grüne) und Markus Knauss (Grüne) ist am 14. Januar 2015 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie die Ausführungsbestimmungen des Personalrechtes, insbesondere Art. 121 Abs. 4 AB PR, geändert werden können, so dass Angestellte mit Betreuungspflichten von Kindern bis zum vollendeten 8. Lebensjahr einen Anspruch darauf haben, ihren Beschäftigungsgrad um 20% reduzieren, sofern dieser dadurch nicht weniger als 60% beträgt. Weiter soll geprüft werden, ob bzw. wie es möglich ist vom reduzierten Beschäftigungsgrad wieder in den ursprünglichen Beschäftigungsgrad aufzustocken.

Begründung:

Die Personalpolitik des Stadtrates orientiert sich u.a. am Auftrag zur Gleichstellung von Frauen und Männern (Art. 3, Abs. 1, lit. a PR). Gleichstellungspolitik wird häufig als Frauenpolitik verstanden, was allerdings

für eine wirkliche Gleichstellung oft nicht reicht. Hier gilt es mit einem umfassenderen Ansatz eine tatsächliche Gleichstellung möglich zu machen.

Statistisch arbeiten in der Schweiz die Hälfte der Frauen Teilzeit, während nur 14% der Männer Teilzeit arbeiten. Die Anforderungen aus der Berufswelt werden häufig so interpretiert, dass in Partnerschaften eine Person für den Haupterwerb zuständig ist, während die andere Person nur Teilzeit arbeitet und sich dafür häufiger um Haushalt und Betreuungsarbeit kümmert. Hier findet sich aber ein klar geschlechtsspezifisches Muster, das darauf hinausläuft, dass Männer für den Haupterwerb zuständig sind, während es ein typisches Merkmal der weiblichen Erwerbsarbeit ist, dass sie teilzeitlich ausgeübt wird. Dementsprechend übernehmen Frauen auch einen bedeutend grösseren Anteil an Haushalt und Betreuung der gemeinsamen Kinder. Häufig bedeutet Teilzeitarbeit für Frauen aber ungesicherte Arbeitsverhältnisse, eine schlechtere soziale Absicherung sowie geringere Weiterbildungsmöglichkeiten und Karrierechancen. Gleichzeitig wird durch dieses Modell die gute Ausbildung meist von Frauen nur unzureichend genutzt und ist nach einigen Jahren völlig entwertet.

Die arbeitsrechtlichen Regelungen sind ein Hindernis für egalitäre Partnerschaften mit Kindern. Mit diesem Vorstoss wollen wir es möglich machen, dass Eltern von Anfang an, im Sinne der städtischen Personalpolitik, gleichgestellte Partnerschaften auch in der Betreuung von Kindern leben können. Gerade die Präsenz beider Elternteile ist in den ersten Wochen nach der Geburt für den familiären Beziehungsaufbau enorm wichtig, da in dieser Zeit, die Rollen innerhalb der Familie neu definiert werden.

Die Stadt Zürich soll mit einer Anpassung der arbeitsrechtlichen Bestimmungen eine Vorreiterrolle in der Schweiz übernehmen. Zugleich könnte eine stärkere Präsenz der Männer in Haushalt und Kinderbetreuung den Anteil der ausserhäuslich betreuten Kinder reduzieren, was beim aktuell stark ansteigenden Anteil zu einer gewissen Entspannung beitragen könnte.

Mitteilung an den Stadtrat

**644. 2015/14
Postulat von Corinne Schäfli (AL) vom 14.01.2015:
Schneeräumung auf Velowegen**

Von Corinne Schäfli (AL) ist am 14. Januar 2015 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie nach der Schneeräumung von Fahrbahnen für Automobile auch die Velowege so bald als möglich von Schneehaufen geräumt werden können, um so Hindernisse und Glatteis wegen gefrierendem Tauwasser zu reduzieren.

Begründung:

Am 7. Januar 2015 – eine Woche nach den Schneefällen der letzten Dezemberwoche und dem nachfolgenden Tauwetter – präsentierten sich die Veloverbindungen in den Gebieten Milchbuck, Bucheggplatz, Theater 11 und Thurgauerstrasse wie aus den beiliegenden Fotos ersichtlich. Die Bilder bestätigen den Eindruck von Velofahrerinnen und Velofahrern, dass bei Schneefall auf Veloverbindungen geschobene Schneemassen von den städtischen Diensten nicht oder nur mit grosser zeitlicher Verzögerung weggeräumt werden. Nach Schneefällen wird das Velofahren deshalb während längerer Zeit zu einem nicht ganz ungefährlichen Hindernisparcours. Dies obwohl die Witterungsbedingungen bereits wieder ideal wären, um sich mit dem Fahrrad in der Stadt zu bewegen. Die liegen bleibenden Schneehaufen bergen die Gefahr, dass Schmelzwasser bei sinkenden Temperaturen gefriert. Die dadurch entstehenden und von Velofahrerinnen und Velofahrern gefürchteten Eisplatten stellen ein erhebliches Unfallrisiko dar.

Mitteilung an den Stadtrat

Die zwei Postulate werden auf die Tagliste der nächsten Sitzung gesetzt.

K e n n t n i s n a h m e n

645. 2014/90

Weisung vom 26.03.2014:

Sozialdepartement, Beiträge an acht Trägerschaften für neun Arbeitsintegrationsangebote 2015–2018 und an eine Trägerschaft mit einem Angebot für den Zeitraum vom 1. Januar 2015 bis 31. Juli 2015

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 26. November 2014 ist am 2. Januar 2015 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 21. Januar 2015.

Nächste Sitzung: 21. Januar 2015, 17 Uhr.